

Liberales Form

Die hessische SPD wagt noch mal ein Stückchen Bildungsreform: die „Offene Schule“.

In der Bildungspolitik hatten die hessischen Sozialdemokraten selten Fortune. Wann immer sie voraus sein wollten, gerieten sie in Schlamassel: mit der über-eilten Einführung der Gesamtschule ebenso wie mit der Ankündigung ideologieüberfrachteter Rahmenrichtlinien für den Deutschunterricht oder Gesellschaftslehre.

Kultusminister Ludwig von Friedeburg stolperte darüber, und Ministerpräsident Holger Börner hatte viel zu tun, bei verunsicherten Eltern und Schülern den Eindruck zu verwischen, „die hessische Schule sei ein fröhliches Kommen und Gehen wie ein Wiener Kaffeehaus“.

Der hessische Staatsgerichtshof stoppte obendrein die Reform der gymnasialen Oberstufe; den Verfassungshütern reichte der Deutsch- und Literaturunterricht nicht für die nach dem Elternrecht gebotene „umfassende Allgemeinbildung der Kinder“ hin. Und erst im April blockierte der Verwaltungsgerichtshof auch noch eine Lieblingsidee der Schulreformer, die landesweite Einführung der Förderstufe in den Klassen 5 und 6: In Kassel kann der Start nun frühestens in einem Jahr erfolgen, weil nicht alle amtlichen Unterlagen ordnungsgemäß den Behördenapparat durchlaufen hatten.

Die Reformbegeisterung ist längst verfliegen bei den Genossen. Sie haben ganz andere Sorgen, seit der Koalitionspartner FDP abgesprungen ist und Regierungschef Börner sich mit einem Minderheitskabinett über den Sommer quälen muß – und bei den für September angesetzten Neuwahlen auch den letzten Zipfel der Macht riskiert.

Ausgerechnet in dieser tristen Phase wird in Hessen noch einmal eine pädagogische Neuerung dargeboten: die von der FDP erfundene, von der SPD realisierte „Offene Schule“, amtlich eine „Gesamtschule besonderer Prägung“.

Das Modell vereinigt zum ersten Mal erklärtermaßen Erfahrungen der staatlichen Schulreform mit ungewöhnlichen pädagogischen Ideen und Methoden der alternativen und freien Schulen. Die Konzeption stammt noch aus der sozialliberalen Ära in Hessen. Die FDP wollte damit die „liberale Form der Gesamtschule“ sicherstellen. Nach den Sommerferien, zum neuen Schuljahr, beginnt die erste Schule dieses Typs im Kasseler Stadtteil Waldau mit dem Unterricht für 130 Schüler in sechs fünften Klassen. Jährlich soll ein neuer Schülerjahrgang hinzukommen.

Von integrierten Gesamtschulen wie Köln-Holweide oder Göttingen-Geis-

mar, die unter den westdeutschen Gesamtschulen schon eine Sonderstellung einnehmen, ist die Unterrichtsorganisation nach dem Team-Kleingruppen-Modell entlehnt und fortentwickelt. Die Kinder der Offenen Schule sitzen in kleinen Klassen, maximal 23 Schüler (vormals 30 bis 32), bilden aber während des Unterrichts je nach Neigung und Interesse obendrein *Kleingruppen*.

Jeweils sechs Parallelklassen eines Jahrgangs bilden eine Großgruppe, mit separaten Klos und gesondertem Lehrerzimmer, einer gruppeneigenen „Sozial- und Verkehrsfläche“ mit Ruhezonen und Spielecken und vor allem einem eigenen Klassenzimmer für jede Klasse.

„Der häufige Wechsel der Räume“, so Dieter Grobe, Leiter der Kasseler Pla-

Selbstbestimmung und Selbstverantwortung. Erstmals führt eine staatliche Lehranstalt so etwas wie gleitende Arbeitszeit ein: Irgendwann zwischen 7.30 und 8.45 Uhr können die Jungen und Mädchen eintrudeln und, bei Spiel, Klönschnack oder Hausaufgabenbetreuung, „langsam warm werden mit der Schule“ (Pädagoge Grobe).

Der traditionelle Unterricht im 45-Minuten-Takt mit häufig wechselnden Fächern wird, ähnlich der Waldorfpädagogik, abgelöst durch Doppelstunden. Dazwischen liegen zwei große Pausen, 30 Minuten Spiel- und 65 Minuten Mittagsfreizeit. Nach Ende des Pflichtunterrichts um 14.40 Uhr bieten Lehrer und Sozialpädagogen, aber auch begabte Väter und Mütter, dazu Handwerksmeister, Techniker, Künstler, Förderstunden und Hobby-Kurse, Arbeitsgemein-



Planungsgruppe der „Offenen Schule“ in Kassel: „Orchidee im Gemüsegarten“

nungsgruppe, „ist ein Nachteil vieler herkömmlicher Gesamtschulen.“ Das neue System einer „Schule in der Schule“ dagegen soll „Vermassung“ verhindern und den Schülern „räumliche Sicherheit“ geben.

Zu jeder Großgruppe gehört ein festes Lehrerteam von zwölf bis 13 Lehrern, jede Klasse hat zwei Klassenlehrer, die mindestens 80 Prozent der Stunden unterrichten. Die Planer versprechen sich von dem Verzicht auf verschiedene Fachlehrer, wie sie bislang üblich waren, eine festere „und damit für beide Seiten verbindlichere“ Beziehung zwischen Schülern und Pädagogen – alles ganz anders als in den Lernfabriken, die sich Bildungsreformer früher hatten einfallen lassen.

Bei alternativen Versuchen etwa der Freien Schulen haben die staatlichen Planer die Öffnung des Unterrichts abge- guckt – mehr Freiheiten für die Schüler,

schaften oder auch Hausaufgabenhilfe an – Ganztagschule mit uneingeschränktem freiwilligem Charakter.

Außergewöhnlich ist auch der Versuch, drei bis vier Stunden in der Woche, sogenannte Projektstunden, vom klassischen Fächerkanon auszusparen und für „Freies Lernen“ zu reservieren, nach den individuellen Wünschen der Schüler. Da können Themen vertieft oder Spiele hervorgekramt werden, wie es gerade beliebt. „Die Sozialform ist dabei den Schülern freigestellt“, so das Konzept im Pädagogen-Jargon, „auch der Rückzug auf sich selbst ist denkbar.“

Was den Hessen in Kassel vorschwebt, ist das Bild einer „positiven Gesamtschule“, so wie sie sein soll“, wie auch der Dortmunder Schulforscher Klaus-Jürgen Tillmann meint. Daß die staatlichen Planer bei Freien und Alternativen abgeschrieben haben, um diesem hehren Ziel nahezukommen, erscheint dem Erziehungswissenschaftler da nur als

„notwendige und angemessene Reaktion“.

Zurückhalter der beurteilt Kultusminister Hans Krollmann das Modell, dem selbst die CDU-Opposition nicht das „Recht“ verweigern möchte, „erprobt zu werden“ (der Landtagsabgeordnete Wolfgang Windfuhr). Dem SPD-Kultusminister würde schon genügen, wenn sich herausstellte, „daß man aus vorhandener Schule etwas machen kann“.

Denn das haben die hessischen Genossen aus ihrer leidvollen Erfahrung mit der Gesamtschule gelernt: Wenn Eltern, Schüler und vor allem die Lehrer nicht mitmachen und die „Menge zusätzlicher Arbeit und Belastungen“ auf sich nehmen, nützt auch das beste Konzept nichts. Dann wird die „Orchidee im Gemüsegarten“, wie Krollmann den neuen Schultyp heißt, schnell dahinwelken.

UMWELT

Steif und vest

Im westdeutschen Braunkohlenrevier droht nach dem Sauren Regen weiterer Umweltschaden: Ascheschwefel belastet das Grundwasser.

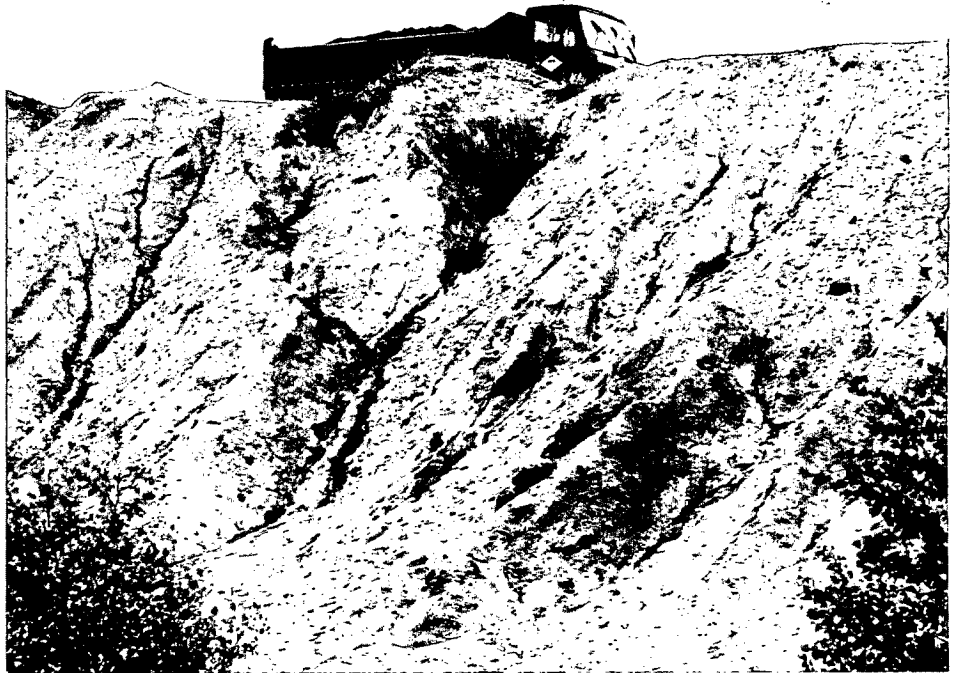
Die hoheitliche Order war knapp gefaßt und deutlich.

Am 23. März 1784 befahl der Kölner Kurfürst Maximilian Friedrich „gnädigst und ernstlich“ allen Besitzern von Braunkohlengruben, die Abbauflächen „nach deren Ausleerung unverzüglich wieder zuzuwerfen, auszufüllen und . . . aufs neue zu bepflanzen, besäen oder sonstwie nutzbar zu machen“. Der Polizei gab Seine Durchlaucht auf, die schürfenden Landeskinder „steif und vest“ im Auge zu behalten.

Noch heute, zwei Jahrhunderte nach seiner Verkündung, wird dieses erste europäische Rekultivierungsgesetz geflissentlich beachtet. Die Rheinischen Braunkohlenwerke AG („Rheinbraun“), die größten Braunkohlenproduzenten Westeuropas, werfen ihre Tagebaue zu, pflanzen an, säen und füllen auf – seit Jahrzehnten auch mit Kohlenasche, die in den Kraftwerken übrigbleibt.

Was nach langer Bergbau-Tradition per Zug oder auf Transportbändern herangeschafft und in die Riesenlöcher abgekippt wird, kann im rheinischen Revier und anderswo zu einem Umweltkonflikt schwer kalkulierbaren Ausmaßes führen. Wenn das zuvor abgepumpte, jetzt wieder ansteigende Grundwasser in die stark schwefelhaltige schwarzgraue Asche eindringt und die Schwefelverbindungen (Sulfate) herauswäscht, sind Mensch und Natur umzingelt: Von oben kommt der Saure Regen, von unten das giftbefruchtete Grundwasser.

Rheinbraun liefert den von der Essener Muttergesellschaft Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk (RWE) be-



Braunkohlenasche-Deponie (bei Köln): „Sträfliche Nachlässigkeit“



Rekultivierte Braunkohlengrube (bei Brühl): „Erhebliches Risiko“

triebenen Kraftwerken Fortuna, Frimmersdorf, Goldenberg-Werk, Neurath, Niederaußem und Weisweiler jährlich 120 Millionen Tonnen Kohle; damit speist RWE ein Viertel des gesamten westdeutschen Strombedarfs ins öffentliche Netz.

Der Abfall-Anfall ist gewaltig. Jahr für Jahr jagen 360 000 Tonnen Schwefeldioxid durch die Schornsteine und legen sich auf Land und Leute. Die Aschenmenge ist ein Vielfaches: 1982 fielen, so das RWE, 6,6 Millionen an. Nach Berechnungen des Landesoberbergamts und des Kölner Regierungspräsidiums sind es im Jahresschnitt gar acht Millionen Tonnen.

Auch die Angaben über den Sulfatanteil in der abgelagerten Asche schwan-

ken. Während das Regierungspräsidium mit „vier bis sieben“ Sulfatprozenten rechnet, schätzte 1975 ein Gutachten des Geologischen Landesamtes den Anteil auf „etwa acht“ Prozent.

Wieviel Sulfat ins Wasser gelangen darf, das zum Trinken aufbereitet wird, ist national und international genau festgelegt. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) empfiehlt maximal 400 Milligramm pro Liter (mg/l), die Europäische Gemeinschaft schreibt eine Höchstgrenze von 250 mg/l vor, die deutsche Trinkwasser-Verordnung vom 31. Januar 1975 genehmigt 240 mg/l.

„Im Trinkwasser“, resümierte Ende 1980 eine Expertengruppe des Instituts für Landschaftspflege und Naturschutz der Universität Hannover unter Vorsitz